

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Springpreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Junner
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postkontonummer Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Kostenlose Produktionssteigerung

Es ist hier schon mehrfach dargelegt worden, daß ohne beträchtliche Vermehrung der Warenmenge an eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage nicht zu denken ist. Hierüber sind sich übrigens, soweit zu sehen ist, Arbeiterschaft und Unternehmertum einig. Die Einmütigkeit beginnt aber sofort zu schwinden, wenn es sich darum handelt, wie die Warenmenge vermehrt werden soll. Das Unternehmertum preist fast einhellig als Mittel der Produktionssteigerung die Befestigung des Achtstundentags und die Kürzung des Reallohns, also ein recht plummes, brutales Mittel, das überdies von sehr fragwürdiger Ergiebigkeit ist. Und wenn die Fabrikanten Gelegenheit zum Handeln haben, wird das, was sie preisen, gar oft zu verwirklichen versucht. Die Ausperrung durch die süddeutschen Metallindustriellen ist noch in aller Gedächtnis. Hier wurde von Unternehmern ein wichtiges Großgewerbe eines großen Sandesteiles 13 Wochen stillgesetzt, wurden von ihnen 60 Millionen Arbeitsstunden vergeudet und obendrein einem Hunderttausend Menschen die Arbeitsfreude auf lange Zeit hinaus vergällt — um die deutsche Wirtschaftslage zu verbessern, die Warenerzeugung zu vermehren und zu verbilligen. Die süddeutsche Ausperrung wird weiterleben als eine der schlimmsten Missetaten an dem von schwerem Warenmangel gequälten Volke. Wenn die Geschichte der Gegenwart, die Geschichte der deutschen Not, geschrieben werden wird, werden die Worte mangeln zur Kennzeichnung der Unvernunft oder der Geld- und Machtgier einer süddeutschen Metallindustriellen. Womit aber nicht gesagt sein soll, daß sie nicht schon vor dem Tage der Geschichtsschreibung ihren Lohn dahin haben wird.

Die Vermehrung der Warenmenge ist eine Frage, deren Bedeutung schwerlich zu überschätzen ist. Von ihrer richtigen Lösung hängt das Wohl und Wehe unseres ganzen Volkes in höchstem Maße ab. Sie wäre bis zu einem gewissen Grade schon gelöst, wenn beim Unternehmertum anstelle der sozialen Verständnislosigkeit, Profitgier und Herrnmoral Verständnis für soziale Notwendigkeiten, Opfergeist und demokratischer Geist träten; wenn es, anders ausgedrückt, nun endlich unterlassen würde, an den Errungenschaften der Arbeiter, dem Achtstundentag, Mitbestimmungsrecht im Betrieb und dergleichen zu rütteln. Dadurch würde der Volkswirtschaft eine Unmenge Arbeitslust, Arbeitszeit und Arbeitskraft erhalten, die Warenmenge ohne jede Geldausgabe erheblich vermehrt, verbilligt. Es bedarf für den Kundigen kaum noch eines Beweises, daß der Mangel an Arbeitsfreude, den wir nicht leugnen wollen, auf die ständige Bedrohung der Errungenschaften oder auf die Befürchtung, daß sie bedroht seien, zurückzuführen ist. Dieses Hemmnis der Produktionssteigerung zu beseitigen, ist dem Unternehmertum leicht gegeben. Es hat sich nur mit den Errungenschaften als einer gegebenen Tatsache abzufinden und ihre Wege nicht mehr zu Waffregelung und Ausperrung zu greifen. Man sollte vermeiden, daß es allgemach auch dem wohl abwägenden Unternehmerstand einleuchten müßte, daß der Vorteil, den er sich aus undemokratischen Handlungen an den Arbeitern verspricht, den daraus entspringenden Nachteil für Betrieb und Volkswirtschaft lange nicht aufwiegt. Wenn es dem Unternehmertum gelänge, bei der Arbeiterschaft die selbe Überzeugung wecken zu lassen, daß ihre berechtigten Forderungen und Bestrebungen Verständnis bei der Gegenseite fänden, eine reich sprudelnde Quelle der Schaffensfreude wäre geöffnet.

An anderer Stelle unseres Blattes läuft eine Schilderung des *Autoford*. Dieser ist, wie sein beipiellos geschäftlicher Erfolg zweifellos darzut, sicherlich ein Unternehmer, der seinen Vorteil wahrzunehmen weiß. Und gerade, weil er das weiß, vertritt und betätigt er die Meinung, daß dem schaffenden Menschen ein von Nahrungs- und sonstigen Sorgen ungestörtes Dasein verbürgt sein muß. Um seines uralten Vorteils willen hat er den Achtstundentag aus freien Stücken eingeführt und den Lohn beträchtlich erhöht, ja sogar in Zeiten der Geschäftsstörung den Unterhalt seiner Leute aus eigener Tasche bestritten. Wäre Ford dem Feldweibelstand belastet, er wäre bestimmt noch ein arbeitsloser Arbeiter und sein Ruf bewegte sich auf der Treppe des deutschen Unternehmers. Daß sich dieser etwas von Fordischem Geiste angeeignet, ist wohl kaum zu erwarten. Er wird sich vorderhand mit seinen überlebten Mitteln des Geschäftemachens, mit seinen Schlichen und Pfiffen der Überborteilung zu befleißigen suchen, zumal sie ihm ja auch recht und schlecht durchgeholfen, mitunter sogar reichen Gewinn gebracht haben.

Dies ging so lange es eben ging. Daß mit den von einer geruchlosen Vergangenheit geheiligten Praktiken die beispiellos großen Aufgaben der Gegenwart nicht zu erfüllen sind, sondern außergewöhnliche Geistesgaben und praktische Mittel heischen, braucht nicht weiter dargelegt zu werden.

Seider sucht man in den meisten Direktionszimmern nach den geistigen Erfordernissen der großen sozialen Not umsonst. Würde man unserem Durchschnittsunternehmer mit dem Ansinnen kommen, er müsse, um seinen Betrieb gewinnbringender zu machen, mit der Lohnquetscherei und Herrnmoral abfahren, dafür die seelischen Kräfte der Arbeiter, die Arbeitsfreude, Sorgenfreiheit, das Gefühl der Mitverantwortung und das Recht der Mitbestimmung bei den Leuten in der Werkstatt nachhaltig fördern, unser Unternehmerr würde die Rockschöße zeigen. Alle Überredungskunst und Tatbeweise werden ihn nicht dazu bringen, seine so lieb gewonnenen Gepflogenheiten und Ansichten über Geschäftsförderung aufzugeben. Und so wird er eine ebenso ergiebige wie kostenlose Art der Produktionssteigerung unbenutzt lassen.

Leset eure Zeitung!

Die Metallarbeiter-Zeitung dient der Aufklärung und Bildung der Mitglieder. Sie kostet alljährlich viele Millionen. Diese Millionen sind Verbandsbeiträge. Wer die Zeitung nicht liest und sie zum Lesen an Familienangehörige und Mitarbeiter nicht weitergibt, vergeudet Verbandsgeulder. Verbandsgeulder sind die eigenen Groschen.

Neben der seelischen Wertschätzung des Arbeiters gibt es noch mehr Möglichkeiten der kostenlosen Produktionssteigerung. Eine ungeheure Vergeudung stellt bekanntlich der Arbeiterwechsel dar. Tag für Tag wandern viele Tausende arbeitsfähiger Menschen von einem Betrieb zum anderen auf der Suche nach einem anderen Platz. Sie wurden leichten Herzens, zumeist wegen einer Winzigkeit oder weil es einem schrullenhaften oder autoritätsgeschwollenen Vorgesetzten so beliebt, entlassen oder sie gingen sehr oft wegen eines leicht zu erfüllenden Anliegens freiwillig von dannen. Wie zahlreich diese Wechsel sind, läßt sich für die Allgemeinheit der deutschen Industrie zahlenmäßig nicht nachweisen. Daß er auch in der Zeit der Bindung durch Wohnungsnot und ähnlichem noch übermäßig groß ist, wird nirgends bestritten. Der volkswirtschaftliche Schaden dieses Wechsels besteht nun nicht bloß in der produktiven Untätigkeit dieser Leute, sondern auch darin, daß sie in den neuen Arbeitsstellen eingearbeitet, angeleitet werden müssen. Welche Unsummen von Volksvermögen dadurch vergeudet werden, kümmert kaum jemand. Nach der Untersuchung des Vereins amerikanischer Ingenieure (*Waste in Industry*) kostet die Anlernung eines Neulings in einem Metallbetrieb durchschnittlich 50 Dollar. In einer englischen Munitionsfabrik wurde berechnet, daß das Anlernen einer jeden Er-fahrungskraft 15 bis 20 Pfund, das sind 300 bis 400 Goldmark, kostete, in welchem Falle man auch feststellte, daß nicht einmal für ein Zehntel der Wechsel ein triftiger Grund angegeben werden konnte. In der deutschen Industrie dürften sich die Anlernkosten schwächer stellen und eher für noch weniger Fälle ein genügender Anlaß für den Wechsel angegeben sein. Dem sei nun, wie ihm wolle, Tatsache ist, daß jahraus jahrein Millionen Arbeiter wechseln, die, wenn man der amerikanischen Untersuchung glauben darf, zu neun Zehntel zu verhalten sind, und daß dies eine Vergeudung von Hunderten von Millionen, nein Milliarden darstellt, aber in der Allgemeinheit der Industrie keine Anstrengung gemacht wird, hierin Wandel zu schaffen. Schwer könnte das, so möchte man meinen, schließlich nicht sein. Die Fabrikanten wie die Vorgesetzten in Büro und Werkstatt hätten nur zu ihrer Kenntnis in der Behandlung von Rohstoff und Maschinen Kenntnis in der Behandlung von Menschen zu erwerben. Dem leitenden Personal der Industrie wird wohl zur Pflicht gemacht, das tote Gut jahrelang gründlich zu studieren, aber daß es sich auf der gleichen Gründlichkeit mit dem Lebenden, dem wichtigsten Gut der Volkswirtschaft zu befassen habe, wird nicht von ihm gefordert, der Arbeiter mensch also des Studiums gar nicht, der Arbeitsstoff des Studiums ausschließlich wert gehalten. Aus dieser Einseitigkeit, dieser Verirrung, aus diesem Miskennen der Bedeutung des Menschen quillt die ungeheure Vergeudung von Mitteln, spricht eine beträchtliche Unergiebigkeit der Produktion.

Doch damit ist die Zahl der Möglichkeiten, die Produktion ohne Selbstaufwand zu steigern, noch nicht erschöpft. Wir werden deren nächstens noch andere anführen.

Das Entwicklungsgesetz

Wie in der Natur, so beobachten wir auch in der Menschheit das Gesetz der Entwicklung, das uns sagt, daß es nirgends etwas Dauerndes, Festes, Unabänderliches gibt, sondern daß sich alles in einer fortwährenden Umwandlung befindet. Der altgriechische Philosoph Herakleitos hat als der erste dies Gesetz aufgestellt, indem er schrieb: „Panta rei — alles fließt!“ Er vergleicht die Entwicklung mit einem Strome, der von der Quelle zum Meere bald reichend und wild dahindraus und alle Hindernisse hinwegräumt, bald langsam und gemächlich sich durch die Ebene dahinschlängelt. Wenn man diesen Strom durchschreitet, so fließen die Wellen, die unseren Fuß berühren, bergab und werden niemals wiederkehren. So kehrt auch das Gewesene, Vergangene niemals wieder, es ist für immer vorüber und verfliehet zuletzt im Meere der Vergessenheit. Vergebliche Mühe ist es, das Bestehende erhalten oder gar das Vergangene wieder zurückholen zu wollen, wie dies die Reaktionen versuchen, mit der Unabänderlichkeit eines Naturgesetzes schiebt und drängt das Neue das Alte beiseite und setzt sich an dessen Stelle. Eigenartigerweise lebt in zahlreichen Menschen, die mit allen Fäden ihres Daseins am Alten hängen, der Wille und das Bestreben, den jeweiligen Zustand, in dem sie sich befinden, zu verewigen. Sie möchten ewig jung, gesund und kräftig bleiben und suchen deshalb nach einem Jungbrunnen, der ihnen eine neue Jugend bringen soll, aber es ist vergebliche Mühe, denn das Alter naht mit unvordenklicher Macht und zuletzt schneidet Gewatter Tod mit seiner Sense den Lebensfaden ab. Sie wollen die religiösen und moralischen Einrichtungen verewigen, weil sie darin die einzig mögliche Grundlage des menschlichen Zusammenlebens erblicken, aber sie kämpfen vergebens, die Moral- und Religionsysteme verändern sich, die alten „ewigen“ Wahrheiten brechen zusammen und eine neue Wahrheit setzt sich durch. Sie wollen die wirtschaftlichen Einrichtungen verewigen, weil sie den Kapitalismus für eine göttliche Weltordnung halten, die für die Ewigkeit bestimmt sei, aber auch das Wirtschaftsleben unterliegt fortwährend Veränderung. Der Kapitalismus verschwindet und wird dem Sozialismus den Platz räumen, gerade so gut, wie der Kapitalismus den mittelalterlichen Feudalismus und dieser wiederum die antike Sklavenvirtschaft verdrängt hat. Es gibt eben nichts, was von Dauer ist, alles Bestehende verändert sich und geht schließlich zugrunde.

Alle Lebewesen machen eine Entwicklung durch, die von unten nach oben geht und zuletzt wieder bergab steigt. Man spricht deshalb von einem Aufstieg und einem Abstieg, von einem Entstehen und Vergehen, zwischen dem das Werden und Wachsen liegt. Aus einer Eichel entsteht ein Bäumchen, das wächst und sich zu einem mächtigen Eichbaum entwickelt, wenn dieser Baum seinen Höhepunkt überschritten hat, stirbt er allmählich ab und bricht schließlich morsch zusammen. Dieselbe Beobachtung können wir bei einem Tiere machen, das aus dem Ei entsteht, sich weiter entwickelt und zuletzt vergeht. Die Entwicklung, die der Mensch im Laufe seines Lebens durchmacht, kann jeder einzelne an sich selbst beobachten. Wir verändern uns tagtäglich, ohne daß wir es selbst merken, aber wenn wir von Zeit zu Zeit schärfer zusehen und einen Rückblick auf den Lebensweg werfen, den wir zurückgelegt haben, so erkennen wir deutlich, wie wir uns körperlich, geistig und seelisch verändert haben. Unser Körper wird immer kräftiger, bis er den Höhepunkt überschritten hat und anfängt zu altern, unser Geist wächst empor über die Anschauungen und geistigen Eindrücke der Jugendzeit, aber bei sehr alten Leuten kehrt er wieder in die Kindheit zurück. Auch in unserem Seelenleben vollziehen sich fortwährende Veränderungen. Der gereifte Mann blickt mit mitleidigem Sägheln auf die ver liebten Tändeleien und Jugendbesessen der Vergangenheit zurück, aber der Greis lebt seelisch wieder in seinem Kinderlande, an dessen Träume und Phantasien er sich mit Sehnsucht erinnert. So vollzieht sich in der Natur ein ununterbrochener Kreislauf zwischen Werden und Vergehen und kein Lebewesen vermag diesem Schicksal zu entkommen.

Dasselbe Entwicklungsgesetz gilt auch in der Menschheit. Niemand vermag zu erklären, woher die Menschheit gekommen ist und wohin sie geht — die religiösen Darstellungen von dem Anfang und dem Ende der Menschheit sind Märchen und Phantasiegebilde, die vor dem Richterstuhl der Wissenschaft nicht standhalten — wir müssen deshalb sagen, daß die Menschheit wie ein Strom aus dem dunklen Schoß der Erde entspringen ist und in einem dunklen Meere verschwindet. Allerdings vollzieht sich diese Entwicklung vom Ursprung zum Ende, von der Quelle zur Mündung, nicht einheitlich und geschlossen. Die einzelnen Völker brechen hervor aus dem Dunkel des Urwalds oder aus einer ideo Steppe und betreten die Bahnen der Weltgeschichte. Dort spielen sie ihre Rolle im Lichte der Rampa, bald längere, bald kürzere Zeit, bis sie wieder abtreten und allmählich im Hintergrunde verschwinden. Dann erscheinen neue Völker auf der Weltfläche und tragen die Fahne der Entwicklung weiter. So sind im Laufe der geschichtlichen Zeit zahlreiche Völkerstämme und Völker aufgetaucht und haben Jahrhunderte oder gar Jahrtausende hindurch Laten und Werte verrichtet, von denen uns die Weltgeschichte erzählt; als sie ihren Höhepunkt erreicht und überschritten hatten, starben sie ab und gingen rettungslos zugrunde. Die Stätte ihrer Wirkksamkeit, einstmal ein gesegnetes, dichtbesiedeltes Land, ist in eine Wüste oder eine öde Steppe verwandelt worden. Es sei nur erinnert an die alten Völker, Babylonier, Hebräer, Ägypter, Assyrer, Ägypter usw., die aus der Riste der Kulturvölker gestrichen sind.

Auch im Innern der Menschheit, im menschlichen Zusammenleben, beobachten wir fortwährende Veränderungen. Die Wirtschaftsweise eines Volkes hat sich im Laufe der Zeit wesentlich verändert und weiter entwickelt. Aus der ursprünglichen

Hauswirtschaft, in der die Großfamilie die Gebrauchsgüter herstellte, hat sich die Stadtwirtschaft entwickelt, aus dieser die Staatswirtschaft, sodann die Volkswirtschaft und endlich die Weltwirtschaft. Im Rechtsleben der Völker sind ebenfalls bedeutende Wandlungen zu verzeichnen. Das Recht des Sklavenshalters über seine Sklaven ist verschwunden, auch das mittelalterliche Recht des Feudalherrn über seine Leibeigenen und Hörigen besteht nicht mehr und das moderne Ausbeutungsrecht der Kapitalisten ist bereits bedenklich ins Wanken geraten. Das Recht der Besitzenden wird allmählich als ein Unrecht erkannt und wenn die Besitzlosen zur Macht gelangen, räumen sie das alte Unrecht beiseite und setzen ein neues, höheres Recht an dessen Stelle. Nicht minder befindet sich auch die Moral in einer ununterbrochenen Umwandlung. Die Menschen glauben allerdings, die Moral sei von Gott eingesetzt und darum unabänderlich, aber die Erfahrung und die Geschichte lehren uns das Gegenteil. In den Urzeiten der Menschheit wurde es als moralisch betrachtet, die besiegten Feinde in der grausamsten, rücksichtslosesten Weise umzubringen, allmählich galt der Moralgrundsatz, daß man die Besiegten schonend behandeln müsse, der sich zuletzt zu der Forderung erhob, daß man die Feinde lieben solle. Sogar der Herrgott hat sich eine Änderung gefallen lassen müssen. Es ist aus einem Gott der Rache ein Gott der Liebe geworden. Besonders im Gebiete der Geschlechtsmoral, der Ehe und der Familie treten die Veränderungen deutlich zutage.

Wenn wir in die Entwicklungsgeschichte der Menschheit zurückblicken, so machen wir die Beobachtung, daß sich die Entwicklung nur ganz allmählich vollzieht. Auf dem Wege der Evolution ändert sich das menschliche Zusammenleben. Hin und wieder tritt eine Revolution ein und unterbricht die ruhige Entwicklung, sie stürzt das Bestehende um und räumt die Hindernisse beiseite, die der Entwicklung im Wege stehen, aber kaum ist sie vorüber, so legt die Evolution wieder ein. Eine Revolution kann nichts Neues schaffen, sondern dem Neuen nur die Bahn frei machen, das Neue wird lediglich geschaffen durch die Evolution. Ebensoviele wie ein Knabe mit einem Schläge ein Mann werden kann, ebensoviele kann die menschliche Gesellschaft mit einem Schläge eine neue Gestalt annehmen. Wie der Knabe allmählich, fast unmerklich zu einem Manne heranreift, so modelliert sich auch das menschliche Zusammenleben nur langsam um. Wie der Mensch, so ist auch die Menschheit ein lebensvoller Organismus, der nicht durch äußere Zwangsmittel gewaltsam umgemodelt werden, der vielmehr nur von innen heraus in eine andere Form gebracht werden kann. Man beobachte nur, wie langsam sich die wirtschaftlichen, rechtlichen, sittlichen und sozialen Verhältnisse der Menschheit verändern haben und noch heute verändern. Diese überall wahrnehmbare Tatsache, die einen revolutionären Feuerkopf zur Verweigerung bringen kann, erklärt sich daraus, daß die Menschen am Allen Leben und sich nur schwer an das Neue gewöhnen. Hin und wieder, bei einer Revolution, scheint es ja, als ob die Menschen vorwärts stürzten, aber es dauert nicht lange und sie fallen in den alten, langsamen Trott zurück. Die Entwicklung macht eben keine Sprünge, sie läßt sich Zeit und zwingt uns deshalb, daß wir uns in Geduld fassen müssen.

Allerdings darf man nicht wähnen, daß sich diese Entwicklung ganz von selbst, ohne das Zutun der Menschen, vollzieht. Im Gegenteil, die Menschen sind imstande, die Entwicklung zu beeinflussen, sie können sie beschleunigen und in eine bestimmte Richtung lenken. Es ist wie mit einem Strome, der reguliert und in ein neues Bett geleitet werden kann, so daß seine wilde, ungebänderte Kraft den Menschen dienstbar gemacht wird. Eine wichtige Aufgabe der Gegenwart ist es, unsere wirtschaftliche und politische Entwicklung in der Richtung zum demokratischen Sozialismus weiter zu treiben, damit wir nicht dem Hochkapitalismus eines Stinnes und der Reaktion zum Opfer fallen. Für die Mitarbeit an dieser Aufgabe müssen wir besonders alle jene Proletarier und Proletarierinnen zu gewinnen suchen, die der Meinung sind, die kapitalistische Gesellschaft wüßte naturgemäß in die sozialistische Gemeinschaft hinein und die deshalb die Hände in den Schoß legen und von dem Zukunftsstaat träumen. Die Menschheit kann in den Sozialismus nicht hineinschlafen, sie muß sich hineinarbeiten, sie muß das soziale Neuland schrittweise erobern und jeden Fußbreit Boden mit harter Arbeit urbar machen.

Leider gibt es noch viel zu viel Menschen auch in den Unterjochten, die nicht nur nicht mitarbeiten, die vielmehr die Entwicklung hemmen, weil sie infolge ihrer Gleichgültigkeit und geringen Tätigkeit wie ein Algenbüschel daran hängen. Man hat die Entwicklung der Menschheit mit einem Eisenbahnzuge verglichen: auf der Lokomotive stehen die Führer, die mit Raddampf voranschreiten, über den ganzen Zug verteilt sind die Bremser, die die Schnelligkeit des Zuges verlangsamen, damit er nicht entgleist und in einen Abgrund stürzt. So bewegt sich denn der Zug in einem geregelten Tempo weiter, bis er endlich ans Ziel kommt. Auch die Menschheit wird das Ziel erreichen, das sie sich gesetzt hat und sie wird es um so schneller erreichen, je mehr wir alle unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. F. L.

Der Autofönig erzählt

3. Niedrige Löhne — gefährliche Unpünktlichkeit

„Gute Löhne zahlen, ist die aller- vornehmste Pflicht des Geschäftes zu machen.“

Der Unternehmer, erzählt Ford weiter, gewandt nichts dabei, wenn er sich bei dem Gedanken an den Arbeiter sagt: Wie kann ich ihn dazu bringen, sich mit recht wenig zufrieden zu geben? Woher kann der Arbeiter etwas gewinnen, wenn er sich fragt: Wieviel vermag ich dem Fabrikanten abzurufen? Dann am Ende haben sich beide zu fragen: Wie kann ich diese Forderungen so pünktlich und geschäftstreu machen, daß sie uns allen ein behagliches Leben verbürgen?

Aber wenn es nicht ist, daß der Arbeiter eines Unternehmens höhere Ansprüche herauszubringen vermag, dann muß es auch sein, daß er freier und höheren Lohn zu zahlen. Es sollte indes klar sein, daß es mit dem höheren Lohn in der Werkstatt beginnt. Denn dort findet er sich, kann auch besser in der Werkstatt zum Besonderen kommen. Niemals wird ein Arbeiter zufrieden werden, das Notwendigste der Arbeit besitzend. Unzufriedenheit und Groll sind immer aus der Arbeit. Arbeit ist unsere Gesundheit, unsere Selbstachtung, unser Spiel. Und der Unternehmer sollte pünktlich ein höheres Lagerwerk vollbringen, als irgendwer seiner Leute; weil er seine Pflicht erfüllt, als ein Geschäftsmann sein.

Je mehr man weiß, daß es keine Sündhaftigkeit. Ein Teil der Leute hat Kapital, der andere Hunger, aber in jedem Falle ist ein bestimmter Leistungsgrad verlangt, worunter in jedem von ihnen etwas angenommen wird. Wenn es anders, würden weder die Arbeiter noch wir wissen, ob der Lohn auch tatsächlich verdient ist. Es muß ein bestimmter Leistungsgrad sein, der ein bestimmtes Lohnstück sein kann. Diese Forderung lag auch im Januar 1914 eine Art Gewerkschaftsvereinigung ein, wodurch nicht geringe Konsequenzen der Wirtschaft für alle Art von Arbeit fünf Dollar den Tag betrug und die Arbeiter nun nur auf acht Stunden herabgesetzt wurde. Danach sollte die Gewerkschaft den Lohn auf sechs Stunden herabsetzen.

Volksgemeinschaft — Schicksalsgemeinschaft

Seit der Kölner Tagung der Vereinigung der deutschen Arbeitervereine, wo der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ in die Öffentlichkeit gekommen ist, finden sich in der Unternehmensebene immer häufiger Betrachtungen zu diesem Thema. Ganz besonders lebhaft werden derartige Fragen zurzeit in der Zeitschrift „Der Arbeiter“ erörtert, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob hier ein stiller Kampf innerhalb des Unternehmertums um die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Arbeiterherber bände geführt werde. Die aufklärerischen Kreise versuchen offenbar im Hinblick auf die der deutschen Wirtschaft bevorstehenden schweren Zeiten die Tendenz sozialer Verständigung, die sich auf der Idee der Volks- und Schicksalsgemeinschaft aufbaut, in den Vordergrund zu rücken. Man darf gespannt sein, wie sich diese Erörterung weiter entwickelt. Vorläufig haben zu dem Thema keine eigentlichen Arbeitgeber, sondern in der Hauptsache nur volkswirtschaftliche Mitarbeiter Stellung genommen. Auf der Kölner Tagung hat Dr. Kalle folgende Richtlinien für die Arbeitgeberpolitik gefordert: „Das große Ziel unserer Sozialpolitik muß die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als das eigentliche Entscheidende sein. Dabei kommt es nicht auf die Fülle der Gesetze an. Das Wichtigste ist vielmehr, daß die Arbeitgeber erfüllt sind von sozialem Sinn und psychologischen Verständnis für andere Glieder der Volksgemeinschaft, insbesondere aber für die Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft. Dazu ist Vorbereitung persönliche Einnahme, nicht Absonderung. Weg mit allem Kastengeist! Als Menschen müssen wir suchen, dem Menschen näher zu kommen.“ Sogar ein Philosoph, der Glehner Professor Dr. E. Sornetter, weist in der Zeitschrift „Der Arbeiter“ auf „die große Wunde“ unserer Zeit hin. Er fordert Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur weiteren Erörterung und zu baldigem Handeln auf: „Das Unheil steigt uns schon bis zur Kehle hoch. Nur eine ganz kurze Spanne Zeit trennt uns noch von dem großen, allberühmenden Ruin. Die Deutschland in der auswärtigen Politik die wichtigsten Augenblicke verpaßt hat, wie es noch während des Krieges diese wichtigen, allentscheidenden Augenblicke verpaßtete, so könnte es auch jetzt wieder in der sozialen Entscheidung, wobei es sich um alles, schließlich alles handelt, geschehen. Unaufhaltsam rollt das Rad der Geschichte. Und wer zu spät kommt, wird zermalmt. Die Grausamkeit der Geschichte macht vor keiner irdischen Größe halt, vor keiner politischen Macht und vor keiner wirtschaftlichen Macht. Die Zeit bis zum Ende ist kurz, sie entscheidet über Leben und Sterben der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Volkes.“ W. v. Jengen wirft an der gleichen Stelle die Forderung der Arbeitnehmer oft genug gestellte Frage auf: „Ist die deutsche Arbeitgeberpolitik bereit, umzulenken?“ Er beantwortet sie mit den Worten: „Persönlichkeiten lernen nicht um, sondern entwickeln sich weiter.“ Im neuesten Heft der Verbandszeitschrift der Arbeitgeber stellt Lammer seine Betrachtungen über die „Schicksalsgemeinschaft“ an. Er sieht offenbar deutlich die Schwierigkeiten, denen die Idee der Verständigung in Unternehmertreuen noch begegnet: „Die vermeintlich sichere Voraussicht des großen Glanzes löst bei der Mehrzahl unserer Wirtschaftler vorzugsweise den Gedanken rücksichtsloser Selbsterhaltung mit dem Ziel des Sichhüterens in eine bessere Zukunft aus. Darunter bricht der Wille zur Gemeinschaftsarbeit für das Ganze zusammen. Wenn schon die einzelnen Unternehmer oder deren verschiedene Gruppen praktisch den Kampf aller gegen alle betreiben, so besteht wenig Hoffnung auf eine fruchtbringende Zusammenfassung der Kräfte. Der Besitz sowohl an geistigen wie an materiellen Gütern enthält eine tiefe Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit. Sie besteht vornehmlich darin, daß die im Besitz ruhenden Kräfte ehrlich eingesetzt werden zur positiven Mitarbeit am Wohl des Ganzen, auf dem schließlich auch das Wohl des einzelnen beruht. Wenn auch der Wächter vielerlei glauben könnte, daß es ihm möglich sein wird, über die Schranken heimischer Wirtschaft die Hand zu reden, nach dem Genossen in fremden Lande, so wird er doch auf die Dauer erfahren müssen, daß die in Jahrhunderten innerlich zusammengekauften und verflochtenen nationalen Produktion ein geschlossenes Gebilde darstellt, das sich nicht beliebig in selbständig lebensfähige Teile zerlegen läßt, welche ungezwungen sich mit dem Ausland zu paaren brauchen. Im heimischen Boden ruhen unsere tiefsten Wurzeln. Für den deutschen Volkstum als Ganzes vollzieht sich der Kreislauf lebendigen Werdens, der das Leben unserer volkstümlichen und wirtschaftlichen Kraft bedeutet: Schicksalsgemeinschaft.“

Die bürgerliche rechtsstehende Presse, die nicht selten päpstlicher ist als der Papst, hat bisher die vorstehend angeführte Aussprache über den Wille der Arbeitnehmer wird jedoch den weiteren Erörterungen ihr Augenmerk widmen. Es handelt sich um Fragen, die für die künftige Gestaltung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens von größter Bedeutung sind. Wenn auch der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch gegenseitliche Verständigung und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit nicht aus der Welt zu schaffen ist, so wird doch die herannahende Wirtschaftskrise und der Verfall unserer Währung nur automatisch eine Verständigung der sozialen Gegensätze herbeiführen, wenn es nicht gelingt, in letzter Stunde den Landenden auf Seiten der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer entscheidenden Einfluß zu verschaffen, die den Gedanken der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes in den Vordergrund stellen. Diese Idee ist gewiß nicht neu, sie haben schon in der letzten Stunde der Geburt der deutschen Republik ihre praktische Anwendung in der Arbeitsgemeinschaft gefunden. Seitdem aber hat der Herrschapphismus der Rührmänner wieder Organe geschaffen. Siehe in den letzten Arbeiterzeitschriften.

nicht bloß, weil ich höheren Lohn zu zahlen wünschte und glaubte, ihn zahlen zu können, sondern ich erhöhte den Lohn, damit das Unternehmen eine gesicherte Grundlage erhielt. Ich spendierte gar nichts, ich habe nur die Zukunft. Ein Unternehmen mit niedrigen Löhnen ist immer unglücklicher.

„Reich an wenige Annehmlichkeiten haben eine weltweite Erörterung erfahren, als die von den fünf Dollar. Die Kunde erreicht alle Winkel der Erde. Laufende und ab Laufende verlieren die Heimatland, um in Amerika die fünf Dollar zu holen. Am Tage nach der Kündigung wurde unser England-Part-Beit (in Detroit) von Rommen und Jansen beinahe gestört, die einen Platz forderten. Sie mögen damit Arbeit gemeint haben, während ich eher glaube, es war ihnen nur um die fünf Dollar zu tun.“

Die Gewerkschaften sollte keinerlei übertriebene Forderungen sein. Als diese sich gegen meine Absicht entwickelten, hat dies einer der Gründe war, die bestimmt, den ganzen Gewerkschaftsplan und die Ableitung für soziale Wohlfahrt anzugehen. Der Ganggedanke war, durch eine gewisse Anzahl zu besserer Lebensweise zu führen. Nur der Mensch, der ein behagliches, gesundes Leben führt, vermag seine Arbeit ordentlich. Wir hatten mit dem üblichen Stand der arbeitenden Arbeiter zu rechnen, Schätzungen mit uns herum zu werfen, also das Heim eher als Selbstzucht, denn als einen Platz der Ruhe und Behaglichkeit zu betrachten. Wir haben, wie gesagt, den Plan geändert, der Grundgedanke war: Wer von einem Mann erwartet, daß er seine Zeit und Kraft auf ein besseres Leben zu verwenden, daß er von sich selbst frei ist. Das lohnt sich. Unsere Gewinne bezogen es zu Grunde, daß die vornehmste Pflicht, Geschäft zu machen, ist, hohe Löhne zu zahlen.“

4. Ersparung von Zeit und Kraft

„Wo keine Zeit fürchten, lassen wir keinen verschonen.“

Wenn durch eine Einrichtung ein Teil der Zeit erspart oder durch die Erzeugung ein Teil der Kraft erspart wird, so bedeutet die Abwesenheit dieser Einrichtung einen Verlust von zehn Hundertteilen der Leistung. Er kann nicht durch eine andere Einrichtung ersetzt werden.

Wie der „Erbfeind“ jetzt Stinnes sieht

Das französische Großkapital hat mit allen Schlägen und Pfiffen den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch die Gewerkschaften hintertrieben. Das deutsche Großkapital hat die Erfüllungspolitik mit Klauen und Zähnen belämpft. Das eine brauchte die offene Wunde, die verwirrten Brotkrumen, um die ihm nützliche Quelle des Gasses offen zu halten; das andere wollte die Wunde nicht heilen lassen aus gleich edlen Beweggründen. Wie das französische Großkapital gegen den Aufbau durch die Gewerkschaften, so war das deutsche Großkapital gegen die Wiedergutmachung durch die Regierung, weil dieser Aufbau und diese Wiedergutmachung nicht genug bare Münze in die kapitalistische Schenke zu bringen schien. Nun aber, nachdem sich die erheblichen Großkapitalisten durch das Abkommen zwischen Luberac und Stinnes über das Maß der Beute aus dem Wiederaufbau geeinigt haben, ist für die „erbfeindliche“ Presse hüben und drüben der Anlaß geschaffen, sich gegenseitig anzugreifen. Ihre Sprache bekommt einen Stich ins Quarkfandliche; jede zeigt nunmehr die großen Profitgeoffener der anderen Seite in anheimelnderem Lichte. Das dumme Volk will diese Wandlung nicht mitmachen. Es sträubt sich, zu glauben, daß gleich nachdem das Wiederaufbaugeschäft zwischen den französischen und deutschen Großkapitalisten abgeschlossen, diese patriotische Gemütemen geworden sind. Vor allem denken die französischen Arbeiter nicht daran, ihre Meinung über Stinnes deswegen zu ändern, weil er der hohe Kommandant des Marquis de Luberac geworden ist. Für sie ist Stinnes noch genau der gleiche, der er vor dem Abschluß des Wiederaufbaugeschäftes war.

Von dieser Galassarrigkeit ist Frankreichs großkapitalistische Presse, wie leicht begreiflich, nicht sonderlich erbaut. Es ist ihr offenbar unangenehm, daß die französische Arbeiterpresse den deutschen Geschäftsfreunden des Monsieur de Luberac immer noch mit den nämlichen Bezeichnungen bedient, die der Boulevardpresse bis vor dem Vertragsabschluß geläufig waren. Da daraus eine Weinträchtigung des sich so prächtig anlassender Geschäftes entstehen könnte, muß aus Stinnes eines dem proletarischen Auge wohlgefälliger Figur gemacht werden. Dies versucht der großkapitalistische Temps in einer Untersuchung der geschäftlichen Tätigkeit Stinnes, die in folgendem Schluß endet: „In Wirklichkeit ist Stinnes Opportunist. Grundzüge interessieren ihn wenig. Das Wesentliche ist ihm die Erhaltung des Ganges der Produktion. Entgegen dem im Ruhrgebiet verbreiteten Brauch, widersteht er sich dem System der (Wohn-)Brünnen. In seinen Werken erhält der Arbeiter einen genügenden festen Lohnsatz, zu welchem Mindestlohn sich Leistungsprämien fügen. Diese Abzug ist wahrscheinlich der Grund, warum er bei seiner Arbeiterschaft so sehr volkstümlich ist. Er findet sich mit der Gewerkschaftsbewegung, mit der christlichen wie mit der sozialistischen, wie mit einer Tatsache ab. Hat er nicht eines seiner Schiffe „Legion“ gekauft? Hat er nicht in der Arbeiterpresse (!) mit Entrüstung dagegen protestiert, ihn als einen Feind des Grundgesetzes des Achtstundentages hinzustellen? Er ist Anhänger der zeitweisen Aufhebung (von geschäftlichen Schutzmaßnahmen), der Überstunden, aber er hält dafür, zu unterzeichnen, daß der Grundsatz (des Achtstundentages) selbst ihm teuer sei.“

Nach dem Temps also ist der „erbfeindliche“ Kontrahent Luberac zwar für Aufhebung der Schutzmaßnahmen und für Überstunden — was auch in Frankreich bekannt und daher nicht gut bestritten werden konnte — aber er ist dennoch grundfester Anhänger des Achtstundentages; er hat gegen die Gewerkschaftsbewegung nichts in Erinnerung, ja er ist sogar dadurch, daß er Namen ihrer Führer seinem Schiffe gibt. Kann man noch mehr von einem Unternehmer verlangen? Kann ein reichlich bendender französischer Arbeiter noch hämisch von einem solchen Erbfeind sprechen? Doch wohl nicht gut. Und mit diesem fortschrittlichen, gewerkschaftsfreundlichen Großindustrieller hat Luberac den Vertrag gemacht. Darum sollten die französischen Arbeiter mit ihren gartigen Anspielungen gegen den „Erbfeind“ Stinnes wie gegen Luberac nun aufhören. Denn nun liberale, gewerkschaftsfreundliche Sentiment machte beide zu Geschäftsfreunden — nicht etwa die Luft, aus dem Elend ihrer Väter goldige Münze zu schlagen. Ob das nun die Arbeiter einsehen werden?

Der Dank der Schweden

Der im Jahre 1909 in Schweden ausgebrochene große Streik fand in Deutschland die lebhafteste Unterstützung. Freiwillige Sammlungen wurden veranstaltet und durch Mittel der Gewerkschaften ergänzt, so daß die für damalige Begriffe bedeutende Summe von 1 1/2 Millionen Mark aufgebracht und den Kämpfenden in Schweden zur Verfügung gestellt werden konnte. Das Bürgertum zerrte damals über diese Verhinderung der deutschen Arbeitergroßen. Nach dem Kräfte stellte der Schwedische Gewerkschaftsbund den deutschen Gewerkschaften zum Ankauf von Rohprodukten im Ausland eine größere Summe zur Verfügung. Somit schuldete den deutschen Gewerkschaften den Schweden 600 000 Kronen. Der Kongreß der schwedischen Gewerkschaften hat nun beschlossen, die Schuldsumme den deutschen Gewerkschaften als Geschenk zu überweisen. Die Schenkung ist als Gegengabe der 1909 gegebenen Unterstützungssumme zu betrachten. Die 600 000 Kronen entsprechen nach dem gegenwärtigen Stand der Währung einem Betrag von 216 Millionen deutscher Mark. Das Bürgertum kann sich nun beruhigen, die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse ist vorhanden und trägt ihre Früchte. Alles zu seiner Zeit.

120 Milliarden Kohlensteuer

Durch die letzten Preiserhöhungen für Kohle ist auch der auf die Kohlensteuer entfallende Anteil des Preises gestiegen. Sah der Reichshaushaltsplan für 1922 einen Ertrag aus der Kohlensteuer von 22 Milliarden vor, so wird der Jahresertrag auf der Grundlage der jetzigen Preise auf 120 Milliarden geschätzt. Die Kohlensteuer allein erbringt demnach mehr als die Zinnsanleihe, die im besten Falle 70 Milliarden Papiermark der Reichskasse zuführt.

sparen, heißt 50 Meilen unnütze Bewegung, heißt die dadurch vergebene Kraft sparen.

Das ist der Leitsatz, betont Ford, der die Produktion unseres Wertes bestimmt. Er kam wie etwas Natürliches. Anfänglich versuchten wir, für den Autobau gelehrte Leute zu beschaffen. Je mehr die Produktionsvermehrung notwendig wurde, desto offener wurde es, daß nicht genügend Mechaniker auszureichen, aber auch, daß gelehrte Leute nicht notwendig seien. Es wird ganz allgemein angenommen, wir hätten das Berufsgeheimnis aus der Arbeit verbannt. Im Gegenteil, wir haben sie mit Geschick erfüllt. Wir haben Geschick in die Betriebsorganisation, in die Leitung, in den Werkzeugbau gelegt. Und das Ergebnis dieses Geschicks ist die Freude des ungeschickten, ungeländerten Mannes. Wenn jeder Platz unseres Unternehmens Berufsgeheimnis verlangte, es wäre niemals zustande gekommen. Genügend ausgebildete Leute in der von uns benötigten Menge wären in einem Jahrhandert nicht auszubilden gewesen. Würde unsere Produktion auf die gewöhnliche Weise betrieben, zur Erreichung ihrer heutigen Höhe langte eine Million Menschen nicht. Und das auf gewöhnliche Weise hergestellte Produkt dieser Million könnte nicht zu einem Preis verkauft werden, der in Abzinsung mit ihrer Kaufkraft ist. Es ist schwer herauszufinden, wie diese auf gewöhnliche Art fabrizierten Menschen mehr als 20 Centis Tagelohn gezahlt werden könnte, denn es ist ja nicht der Unternehmer, der den Lohn zahlt, er hantiert nur das Geld. Das Erzeugnis ist es, das den Lohn zahlt, und an der Fabrikation ist es, die Produktion so zu gestalten, daß das Produkt Löhne abwirft.

Die rationalen Arbeitsweisen begannen nicht auf einmal. Die großen Erparnisse fingen bei der Zusammenlegung der Wagen an und gingen auf immer mehr Vorrichtungen über, so daß heute die Mechaniker, obwohl in Fülle vorhanden, nicht Autos herstellen, sondern nur deren Fabrikation für andere leicht machen. Unser gelehrter Leute sind im Werkzeugbau, der Verfahrsmittel und der Robellmacherei. Die große Masse kommt ungelern, unangebildet zu uns. Sie erlernt ihre Tätigkeit in ein paar Stunden oder Tagen. Wer sie nicht in dieser Zeit lernt, ist für uns unbrauchbar.

Der kurze halber seien nur einige Neuerungen angeführt. Um einen Betrag an zu sparen, was einwirken würde, wenn die 200

WELTSCHAU

Metallarbeiterkämpfe in Italien

Der Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, Ramazzini, hat sich bemüht, von unseren italienischen Kollegen zuverlässige Auskunft über ihre Lage und Kämpfe zu erhalten. Im folgenden bringen wir das wesentliche des italienischen Berichtes:

Nach der Besetzung der Betriebe im Jahre 1920 schloß der italienische Metallarbeiterverband mit den Unternehmern eine Vereinbarung ab, wonach namentlich die Lohnbedingungen für ganz Italien festgelegt wurden. Nach diesem Abkommen mußte eine tägliche Teuerungszulage gezahlt werden, die aber je nach dem Stand der Teuerung alle zwei Monate erhöht oder erniedrigt werden konnte. Gestützt auf dieses Abkommen, trat im Januar 1921 abermals eine Erhöhung der Teuerungszulage in Kraft. Infolge der Krise wurde es aber immer schwieriger, das Abkommen strikte durchzuführen. Die Unternehmer drängten, trotzdem die Teuerung anhielt und teilweise noch weiter anstieg, auf die Abschaffung der Teuerungszulagen und die Verminderung der Löhne.

Im Mai 1922 verlangten die Unternehmer in der Lombardei abermals die Abschaffung der Teuerungszulage. Gleichzeitig wurde eine ähnliche Forderung von den Automobilwerken Fiat in Turin verlangt. Ähnliche Forderungen stellten die Schiffswerften in Triest, Venedig, was schließlich zu allgemeinen Verhandlungen zwischen dem italienischen Metallarbeiterverband und dem Unternehmerverband führte. Die Arbeiter lehnten die geforderte Lohnreduktion ab. Die Unternehmer ließen sich schließlich herbei, die Teuerungszulage teilweise abzuschaffen, was aber von den Arbeitern abgelehnt wurde und zum Streik in der Lombardei führte.

Der Konflikt bemühend, entsfalteten die Kommunisten eine lebhaft propagandistische Tätigkeit. Im gleichen Zeitpunkt zeigten sich in Italien Bestrebungen, einen allgemeinen Arbeiterbund ins Leben zu rufen, der neben dem italienischen Gewerkschaftsbund der Eisenbahnerverband und die übrigen dem italienischen Gewerkschaftsbund nicht angehörenden Verbände umfassen sollte. Dieser Föderationsverband sollte seine Tätigkeit gegen die Reaktion und gegen die Faschisten entfalten. Der neue Arbeiterbund kam dann wirklich auch zustande, dem außer dem italienischen Gewerkschaftsbund der Eisenbahnerverband, der italienische Gewerkschaftsbund (revolutionäre Richtung) und die italienische Arbeiterunion (patriotische Vereinigung, die für den Krieg eingetreten war) angehört waren.

Die Kommunisten verlangten nun, daß die Bewegung der Metallarbeiter dieser neuen Vereinigung übertragen werde, damit der Generalstreik über ganz Italien verhängt werden könne.

Es gelang der kommunistischen Propaganda, die mit reichen Mitteln geführt wurde, einen großen Teil der Massen für den Generalstreik zu gewinnen, so daß die Leiter des italienischen Metallarbeiterverbandes sich genötigt sahen, einen Landeskongress zur Besprechung der Lage einzuberufen. Er fand im Juni 1922 in Genua statt. Der Verbandssekretär, Kollege Buozzi, erstattete Bericht über die Lage und warf dann angeht die Haltung der Kommunisten die Frage der gewerkschaftlichen Disziplin auf, indem er behauptete, daß durch die kommunistische Propaganda jede andere gewerkschaftliche Aktion entwertet werde und die Arbeiter zur Auflehnung gegen die Beschlüsse ihrer Organisation veranlaßt wurden. Am Kongress erneuerten die Kommunisten ihre Angriffe auf die Verbandsleitung und verlangten den Landesstreik aller Arbeitergruppen. Die Verbandsleitung überließ die Beschlussfassung dem Kongress. Die Mehrheit der sozialistischen Delegierten sprach sich gegen den allgemeinen Landesstreik, aber für einen allgemeinen Metallarbeiterstreik aus. Die Abstimmung ergab: für den allgemeinen Metallarbeiterstreik 47 000 Stimmen, für den Antrag der Kommunisten für einen Landesgeneralstreik 37 000 Stimmen; 14 000 Mitglieder enthielten sich der Stimmabgabe, erklärten aber ihr Vertrauen zur Verbandsleitung und waren gegen eine Ausdehnung des Streiks der Metallarbeiter in einen Landesstreik.

Nachdem der Beschluß des Kongresses bekannt geworden war, bot das Arbeitsministerium seine Vermittlung an und lud die Vertreter der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen zu einer Besprechung ein. Das Aktionskomitee nahm die Einladung der Regierung an und verschob vorläufig den Streik. Die Unternehmer dagegen lehnten die Einladung der Regierung ab und verlangten direkte Unterhandlungen zwischen beiden Organisationen. Aber auch diese Unterhandlungen scheiterten und das Aktionskomitee proklamierte den allgemeinen Metallarbeiterstreik für den 26. Juni 1922.

Die Arbeiter aller Industriezentren Italiens traten mit Ausnahme einiger Distrikte in Streik. Sogar die Faschisten wagten es nicht, gegen die streikenden Metallarbeiter aufzutreten und beschloßen, dem Ausstand für so lange beizupflichten, als der Kampf als ein wirtschaftlicher Streik geführt werde.

Die Leiter des italienischen Metallarbeiterverbandes wie übrigens alle sozialistischen Führer hatten sich immer gegen wirtschaftliche Generalstreiks ausgesprochen in der Erkenntnis, daß der allgemeine Landesstreik nicht das richtige Mittel sei, den Konflikt einer Berufsgruppe zu einem günstigen Abschluß zu bringen.

Durch die von den Kommunisten angeregte Verwirrung und Schwächung wurden die Faschisten zu früherer Zeit ermutigt, die in den großen Industriezentren, besonders in denen der Metallindustrie nur wenige Anhänger hatten. Der Faschismus hat nur in den landwirtschaftlichen Gegenden das Übergewicht, wo die bäuerlichen Massen mit Gewaltmitteln eher zu erschrecken sind. Durch die faschistische Gewalt haben dem italienischen Metallarbeiterverband einige tausend Mitglieder und eine Anzahl Ortsgruppen verloren gegangen.

auf eine rationelle Produktionsgrundlage gestellt wäre und wieviel niedriger die Löhne sind, als sie sein sollten: Unser Auto besteht aus 3000 Teilen, Muttern, Schrauben, kurz alles mitgezählt. Einige Teile sind ziemlich klumpig, andere gleichen Urteilen. In der Anfangszeit unseres Werkes sahen wir das Auto auf dem Werkstattdamm zusammen. Die Arbeiter brachten die einzelnen Teile, wie sie benötigt wurden, etwa so, wie man das Material zum Hausbau heranschafft. Es wurde bei der Herstellung der Teile und Werkzeuge mehr Zeit verbraucht als bei der eigentlichen Fabrikation. Daher die demaligen niedrigeren Löhne, weil eben die Fußwanderung nicht zu den gut entlohnerten Beschäftigten gehört.

Der erste Schritt sollte die Änderung der Arbeit zu den Menschen zu bringen, anstatt diese zur Arbeit kaufen zu lassen. Es gelten jetzt zwei allgemeine Grundsätze: Wenn irgendwie möglich, soll niemand ein Mann mehr als einen Schritt tun müssen und sich niemals zu hüften brauchen. Kein Arbeiter hat noch irgend etwas mit Fortschaffern oder Hochhebern zu tun. Dies wird von der Transportabteilung besorgt. Kaum eine Woche vergeht, ohne daß eine neue Verbesserung an der Maschine oder dem Verfahren gemacht wird. Im Oktober 1921 erforderte die Zusammenlegung eines Motors fast zehn Stunden, sechs Monate später mit dem beweglichen Zusammenlegungsverfahren nur noch knapp sechs Stunden.

Das Werk führt keinerlei Protokoll über die in ihm unternommenen Versuche, denn durch eine Liste von Fehlgeschlägen wird nur der junge Mann abgemerkt, seinerseits Versuche anzustellen. Einige unserer besten Erfolge wurden dadurch erzielt, daß wir Karren da verfrachten ließen, wo Wege sich für Güter, anzupacken. Keiner unserer Belegschaft ist „Expert“. In dem Augenblick, wo einer in dem Zustand des „Experten“ kommt, wird vieles unmöglich. Ich bezeichne, daß es Unmöglichkeit gibt. Niemand kann von allem auf der Erde so viel wissen, um sagen zu können, was möglich und nicht möglich ist. Die richtige Art technischer Schulung müßte den Geist weiten und die Zahl der Unmöglichkeiten mindern. Weist aber ist technische Schulung oder das, was man Erfahrung nennt, nichts als die Verlangung mit einem Regier der Erfahrung. Werden diese überbracht, werden sie zum Gewinn des Fortschritts.

Gegenüber der allgemeinen Metallarbeiterbewegung wollten die Faschisten den Glauben erwecken, daß sie den Forderungen der Metallarbeiter nicht abgeneigt seien. Daher erklärten sie sich bereit, in Triest, Mailand und Turin sich — dem Metallarbeiterstreik anzuschließen.

Durch das Eingreifen des Arbeitsministers wurden die Unterhandlungen am 3. Juli in Rom wieder aufgenommen. Endlich ließen sich die Unternehmer zu leiblichen Vorschlägen herbei. Am 8. Juli wurde in Rom das Abkommen für die Lombardei unterzeichnet. Die Forderung der Industriellen beim Streikausbruch, die gesamte Teuerungszulage zu beseitigen, wurde auf 2,60 Lire den Tag (anstatt 4 Lire) vermindert und der Abbau stufenweise auf vier Monate verteilt. Auch erklärten sich die Unternehmer bereit, die Teuerungszulage teilweise durch erhöhte Löhne auszugleichen. Für die Lombardei wurde in der Schwerindustrieindustrie wurde der Abbau der Löhne bis zum Ende des Jahres 1922 vorgenommen. Die Dauer des Abkommens wurde bis zum 28. Februar 1923 mit einer monatlichen Kündigungsfrist festgesetzt. Gleichzeitig mit dem Abschluß für die Lombardei wurde auch das Abkommen mit dem Automobil Fiat in Turin unterzeichnet, durch welches die Teuerungszulagen stufenweise während sechs Monaten abgebaut werden, jedoch mit der Verpflichtung von Seiten der Firma, den Vollbetrieb wieder aufzunehmen. (Der Betrieb arbeitete während langer Zeit mit stark verkürzter Arbeitszeit.) Für Triest-Venedig wurde die Teuerungszulage auf 2 Lire vermindert und zum Teil durch einen Zuschlag von 10 Cts. die Stunde auf den Lohn ausgeglichen. Ähnlich wurden die Konflikte in Livorno und Florenz beigelegt. Gemäß dieser Vereinbarung wurde die Wiederaufnahme der Arbeit auf den 10. Juli 1922 beschlossen.

Nach Beendigung der Bewegung, deren Ausgang von den Arbeitern im Allgemeinen günstig beurteilt wurde, nahmen die Kommunisten ihren erbitterten Anlauf- und Verhetzungsfeldzug gegen die Verbandsleitung wieder auf. Die kommunistische Presse stellte die Leiter des Verbandes der Arbeitermassen als Verräter und Verkaufte hin. Dieser kommunistische Feldzug hatte keinen großen Erfolg und die Genossen setzten sich gegen die kommunistischen Anschuldigungen energisch zur Wehr. Wer die Ergebnisse der Bewegung sachlich beurteilt, muß zu dem Entschluß kommen, daß durch den Widerstand der Arbeiter nicht nur die Lebensfähigkeit der Organisation befestigt wurde, sondern daß auch in materieller Beziehung den Industriellen große Konzessionen abgerungen wurden. Gemäß, die Arbeiter mußten in eine Lohnkürzung einwilligen, was angesichts der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Italiens unvermeidlich war. Wären die Leiter des italienischen Metallarbeiterverbandes nicht daran verhindert worden, ihre Taktik von Fall zu Fall festzusetzen, so wäre das Ergebnis sicherlich ein günstigeres gewesen. Bei größerer Ruhe und mehr gegenseitigem Vertrauen wäre es möglich gewesen, öftlich und bezirktweise bessere Abkommen zu erzielen.

Der Kampf gegen das Unternehmertum wird immer schwieriger und gleichzeitig greift das Mißtrauen unter den Massen um sich, was wiederum dazu führt, daß viele Arbeiter von den Gewerkschaften abspringen und dadurch die Organisation geschwächt wird. Glücklichweise geben sich die Massen über die Kampfweise der Kommunisten immer mehr Rechenschaft und weigern sich, ihnen zu folgen.

Um den Achtstundentag in Frankreich

In der Frage der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages kommt die drohende Haltung der Reaktion am deutlichsten zum Ausdruck.

Die Offensive der Arbeitgeber und Regierungen gegen die in vielen Ländern erst seit sehr kurzer Zeit in Kraft getretenen Gesetze über den Achtstundentag ist eine interessante Tatsache und die Arbeiterklasse der in Frage kommenden Länder ist gezwungen, sich gegen die Versuche der Reaktion zur Abschaffung oder Veränderung dieser Gesetze zu verteidigen.

Burgzeit ist diese Frage in Frankreich, wo das Gesetz über den Achtstundentag durch Dekret vom 23. April 1919 eingeführt wurde, in einer bedrohlichen Zustand getreten.

Das von Unterstaatssekretär Rio vorgelegte Amendement, das die Verlängerung der Arbeitszeit der Seeleute auf zwölf Stunden täglich vorsieht, wurde angenommen, ebenso die Vorschläge des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Le Trocquer, durch die die Arbeitszeit der Eisenbahner um 300 Stunden im Jahr erhöht wird. Die von den Eisenbahnern mit Nachdruck geführte Agitation hat jedoch zu einer Vereinbarung geführt, gemäß der die vorgezeichneten 300 Stunden Mehrarbeit als Überstunden angesehen und gezahlt werden.

Diese reaktionären Pläne riefen bei den betroffenen Arbeitergruppen eine heftige Agitation hervor und die Vorstandsmitglieder des Seemannsbundes sprachen beim Präsidenten der Republik vor, um sich über die Haltung der Regierung in dieser Frage zu vergewissern und Gründe gegen den neuen Gesetzesentwurf anzuführen. Millerand verhielt sich jedoch gegenüber den Angaben der Vertreter ablehnend und bezieht sich auf die Haltung, die man in dieser Frage im Auslande einnimmt.

Er sagte in diesem Zusammenhang u. a.: „Die in Frage kommenden Maßregeln sind wegen der Weigerung anderer Nationen, dem Beispiel Frankreichs in der Einführung des Achtstundentages zu folgen, unvermeidlich geworden.“

Daß sich die Abgeordneten mit dieser international von der Bourgeoisie angeführten Formel nicht abweisen lassen, ist klar. In einem vom Vorstand verfaßten Aufruf wird denn auch den diesbezüglichen Gefühlen Ausdruck gegeben.

Zur Wirtschaftslage in Schweden

Nach der von der schwedischen Regierung herausgegebenen Wirtschaftlichen Übersicht hat die schwache Besserung der Lage, die sich zuerst im Herbst vorigen Jahres bemerkbar machte, während der ersten sieben Monate des Jahres 1922 angehalten. Mit Ausnahme der Bergwerke, deren geförderter Eisenerz hauptsächlich ausgeführt wird, ist der Viebergang jedoch noch keineswegs überwunden. In den Günterorten schloß es während der ersten drei Monate, daß tatsächlich ein Aufschwung eintreten werde. Die Nachfrage waren jedoch sehr ungleich verteilt und es handelte sich hauptsächlich um Weiterverarbeitung von Zwischenerzeugnissen. Während am Ende des Juli ein Beispiel der Hochpreise wieder angebläht war, hatten die Stahlwerke die Hälfte der Bessener- und ein Drittel der Mattindien im Gang. Von Lancafire-herden, elektrischen Öfen und Ziegelöfen war ein Viertel in Betrieb.

In der Maschinenindustrie haben während des zweiten Vierteljahres weitere 6 Betriebe die Arbeit eingestellt, während bei einigen anderen Betrieben sich doch schon ein Bedarf nach mehr Arbeitskräften bemerkbar machte. Seit dem 1. April erfolgten 1200 Neueinstellungen 4 bis 5000 Arbeiter sind mit Aufträgen aus Schwedenland beschäftigt.

Im Schiffbau macht sich noch nicht die geringste Verbesserung bemerkbar, obwohl die Seefahrt den Werften doch eine Anzahl in- und ausländischer havarierter Schiffe zugeführt hat. Auch im ausländischen Schiffbau hat sich nichts wesentlich geändertes. Zwar sind die deutschen Waren im Preise gesteigert worden, doch wurde diese Steigerung durch den bedeutenden Fall der deutschen Wälua ausgeglichen und die Löhne und die sonstigen Kosten in Deutschland sind immer noch niedriger als in Schweden. Aus diesem Grunde ist es der schwedischen Industrie nach wie vor schwer, den Wettbewerb der ausländischen Industrie auszuhalten. In der Holzwarenindustrie hat sich die Ausfuhr zu gesteigert, daß in den Sägewerken kaum noch von Arbeitslosigkeit die Rede sein kann. Demzufolge ist in der Holzmasseindustrie das Geschäft in einer Weise gestiegen, die die Hoffnungen übertrifft hat. Die Preise sind indessen während des ersten Halbjahres zurückgegangen. Die Papierindustrie klagt über niedrige Preise. In der Textilindustrie ist die Arbeitslosigkeit auf einen geringen Bruchteil zurückgegangen. Im Allgemeinen hat sich das Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr verbessert, was hauptsächlich der Export des Eisen- und Stahlwaren ist.

Von den Metallarbeiter-Verbänden Österreichs

Verband der Metallarbeiter. Mitgliederstand: 170 609, davon 139 042 männlich, 31 567 weiblich; Zunahme 17 275 Mitglieder über 11.26 v. S. Der Mitgliederstand verteilt sich auf 22 Ortsgruppen, 52 v. S. der Mitglieder entfallen auf Wien, 22 v. S. auf Niederösterreich, 13 v. S. auf Steiermark. Einnahmen 70 918 142 Kr., Ausgaben 57 326 306, Kassenbestand am Jahresende 26 088 806 Kr. Unterstütungen: Gesamterfordernis 6 488 823 Kr., davon an Arbeitslose 5 019 566 Kr.

Schweizer, Gold- und Silberschmiede. Mitgliederstand: 2339, davon 1939 männlich, 400 weiblich; Zuwachs 93 über 4 v. S. Einnahmen 1 903 592 Kr., Ausgaben 932 917; Kassenbestand am Jahresende 970 675 Kr. Unterstütungen: Ausgaben 146 856, davon an Arbeitslose 108 674 Kr.

Maschinen und Feizer. Mitgliederstand: 7125; Zuwachs 1021 über 17 v. S. (2874 Neuaufnahmen). Einnahmen 2 877 433 Kr., Ausgaben 2 105 386 Kr., Kassenbestand am Jahresende 1 037 487 Kr. Vermögenszuwachs 772 047 Kr. Unterstütungen: Gesamterfordernis 1 474 633, davon an Arbeitslose 46 796 Kr., an Kranke 81 767 Kr. Zu Beginn des Berichtsjahres waren 108 Mitglieder arbeitslos, am Ende des Jahres 160; 285 Vermittlungen erfolgten.

Um die zwischen diesem Zentralverband und den anderen Gewerkschaftsorganisationen bestehenden Grenzstreitigkeiten endgültig aus der Welt zu schaffen, hat die Gewerkschaftskommission Österreichs dem Vorstand des Zentralverbandes der Maschinen- und Feizer ausdrücklich festgelegt und bestimmt, daß alle Maschinen-, Feizer-, Kraft- und Explosionsmotorwärter, Kohlenfahrer und Schmierer sowie alle jene Professionsisten, welche mit dem Maschinen- und Feizerhaus ständig in Verbindung stehen, in der Organisationsbereich des Verbandes fallen. Auf Grund dieser Entscheidung hat der Zentralverband mit einigen Bruderorganisationen Gegenseitigkeitsabkommen abgeschlossen. Auch hat der Verband bereits in den meisten Industriellen Gruppen des technischen Personals innerhalb des Verbandes geschaffen, um auf diese Weise der Anforderungen der verschiedenen Industrien gerecht werden zu können.

Ein großes Ziel der Verbandsleitung ist es, die Mitglieder mit den Neuerfindungen der Technik bekannt zu machen, um auf diese Weise die Mitglieder in die Lage zu versetzen, stets und unter allen Bedingungen ihren Mann zu stellen. Diesem Ziele dient auch die durch einen Fachmann geleitete Abend- und Fernunterricht in der Elektrotechnik. Das Fachblatt wird gemeinsam mit dem reichsdeutschen Bruderverband herausgegeben.

Wie ein Reaktionsär unliebsame Betriebsräte beseitigen möchte

Ruffeher und Stamer erregen die Aussperrung der Belegschaft des Siemens-Werkes in Berlin und die bürgerlichen Gründe, die ein reaktionärer Direktor als ausreichend erachtet, eine wirtschaftliche Katastrophe über 13 000 Arbeiter hereinbrechen zu lassen. Nach gewissermaßen Darstellung lag der Fall wie folgt:

Der Direktor Jungheim versucht fortgesetzt, den gesetzlichen Betriebsräten die allergrößten Schwierigkeiten zu bereiten. Der Betriebsrat sollte sich bei der geringsten Kleinigkeit bei der Direktion abmelden oder man verhängte sonstige Schikanen über die Betriebsräte. Der Vorsitzende des Betriebsrates wußte in seiner Freizeit bei einer Verhandlung des Gewerbegerichts mit, dafür erhielt er von der Direktion des Werkes eine schriftliche Warnung, weil er als Arbeitnehmer des Werkes sich erlaubt hatte, als Prozessvollmächtigter vor Gericht aufzutreten.

Am 29. September war auf Grund des Tarifvertrags zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nach dem Siemens-Werk, Abteilung Bahnhalle, eine paritätische Kommission entsandt worden, die über die Streitfrage entscheiden sollte. Der Vorsitzende des Arbeiterrats und Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes erhielt den Auftrag von der Organisation, die paritätischen Verhandlungen zu führen. Die Leitung des Betriebes lehnte ab, im Beisein des Vertreters des MWB in Verhandlungen einzutreten, weil er in einer anderen Abteilung des Werkes beschäftigt sei. Im Laufe des Tages wurde der Vorsitzende zur Direktion gerufen und ihm eröffnet, daß er — weil er sich nicht ordnungsmäßig abgemeldet habe — gemäß § 123 GO fristlos entlassen sei. Dem Gesamtbetriebsrat wurde verboten, innerhalb des Werkes eine Gesamtbetriebsratsitzung abzuhalten, die zu dem Fall Stellung nehmen sollte.

Die Begründung war unklar. Der Vorsitzende des Betriebsrates hatte telefonisch versucht, sich bei der Direktion abzumelden. Von den Direktoren war keiner zu erreichen gewesen und so hatte er der Sekretärin den Befehl zur Weitergabe übermittelt, daß er im Auftrag seiner Organisation an Verhandlungen teilnehmen und für diese Zeit das Werk verlassen. Aber dies machte er Mitteilung dem Vorpresber des Lohnbüros sowie seinem vorgeordneten Meister.

Schlichtungsverhandlungen durch die Verbände fanden statt. Der Verband Berliner Metallindustrieller sandte überraschenderweise keinen Vertreter, sondern nur vier Herren vom Siemens-Werk und als Vorsitzender war der Direktor des Werkes, jener Herr, der die Schikanen gegen den Betriebsrat anzettelt, bestimmt. Zu der Verhandlung besaß der Lohnbürovorsteher, eine telefonische Entschuldigung des Betriebsrates empfangen zu haben. Durch Erfahrung vorzeitig gemacht, hatte der Betriebsrat die Telefongespräche nur im Beisein von Zeugen gemacht.

Weil die Art der Verhandlung und die Parteilichkeit der Vertreter des Siemens-Werkes jede Aussicht auf Einigung von vornherein ausschloß, bestanden die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes darauf, daß unter allen Umständen der Vorsitz einem Unparteiischen vom Verband Berliner Metallindustrieller übertragen werden sollte. Es war aber nicht zu erreichen und so mußten die Verhandlungen abgebrochen werden.

Um keine Aufregung unter der Arbeiterschaft aufkommen zu lassen, waren die Verhandlungen im Einverständnis mit dem Betriebsrat in der Stille geführt worden. Erst drei Tage später erfuhr die Belegschaft von dem erbärmlichen Vorgehen der Direktion. Die Erregung war groß. Die Arbeiter versammelten sich in der Fabrik und verlangten die Wiedereinstellung ihres Betriebsratsvorsitzenden. Der schuldige Direktor hatte sich schamhaft verbüßt und ein anderer Direktor erklärte den Arbeitern schriftlich, daß der Betriebsrat wieder eingesetzt und die Entscheidung der Verhandlungen abgemartet werden sollte.

Zu dieser ersten Aufregung der Arbeiter kam am nächsten Tag die zweite. Die 13 000 Mann starke Belegschaft wurde entlassen, die Angehörigen beurlaubt und der Betrieb geschlossen. Alle Bemühungen des Gesamtbetriebsrates, zu einer Verständigung zu kommen, scheiterten an der brutalen Haltung der Betriebsleitung. Sie versuchte aber, die Öffentlichkeit irrezuführen durch die Behauptung, die Arbeiterschaft trage die Schuld an der Betriebsstilllegung.

Weniger und anmaßender ist selten eine Betriebsleitung gegen Arbeiter vorgegangen. Das Ganze stellt nur eine plumpe Aufregung der Arbeiterschaft dar, damit bei etwa begangenen Unbesonnenheiten die Aushebung des Betriebes vorgenommen werden könnte. Die Annahme wurde durch die später stattgefundenen Verhandlungen bestätigt. Die Direktion des Siemens-Werkes verhandelt, geführt auf den Verband Berliner Metallindustrieller, hartnäckig auf ihrem Willen, Maßregelungen des Betriebes- und Arbeiterrats und Entlassung misliebiger Betriebsratsmitglieder im größten Umfang vorzunehmen. Die Verhandlungen scheiterten. Die Belegschaft des Siemens-Werkes hat in zwei Eisenversammlungen einmütig beschlossen, den Betrieb nicht eher wieder zu betreten, bis die Betriebsleitung annehmbare Zugeständnisse gemacht hat.

Der Fall der Betriebsstilllegung ist die Bewegung noch nicht abgeschlossen.

Die kommunistische Kinderkonferenz

Unter der Überschrift: Das letzte Aufgebot berichtet wir in unserer Nr. 32 von einer von den Kommunisten in Südl. veranstalteten Kinderkonferenz. Um die dort geübte mongolische Art der Aufführung von Schulkindern unparteiisch zu zeigen, bemühten wir uns wesentlichen den Bericht der kommunistischen Notiz (vom 3. August). Unsere Notiz hat die Kunde durch die Arbeiterpresse gemacht. Nun, nach mehr als acht Wochen, haben kommunistische Stellen herausgefunden, daß sie unangenehm berührt zu sein haben. Benützens läßt das ein sieben Namen tragendes Schreiben annehmen, das uns von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in Südl. zugeht. Wir betonen aufrichtig, daß es der große Raum unserer Zeitung — das Schreiben würde dreiwertel Spalten füllen — verbietet, die Zuschrift ganz zu bringen. Immerhin sei ihr sachlicher Kern wiedergegeben, wobei wir bemerken, daß es ohne jede Änderung geschieht, nur die Unterstrichungen rühren von uns her. In der Zuschrift heißt es:

Wenn die kommunistische Jugend die Kinder zum erstmalig zu einer Reichskonferenz zusammenbrachte, so hat sie nichts Blödsinniges unternommen, sondern nur das gemacht, was die Bourgeoisie seit Jahr und Tag bereits getan hat, den Einfluss auf das kindliche Gemüt schon in früherer Jugend sich zu sichern. Wenn es nur ausgerechnet die Kommunisten sind, die die Aufführung und Bildungsarbeit unter der Jugend recht intensiv betreiben, so sollten die politisch anders eingestellten Proletarier es doch mindestens unterlassen, den guten Zweck der allgemeinen Volksbildung so schamlos herabzuwürdigen. Die in dem Bericht zum Ausdruck gebrachte Kritik hat bei allen redenden Kollegen ein starkes Kopfschütteln verursacht, ob solcher Einstellung zur Bildungsarbeit und Hebung menschlicher Erziehung in den Schulen und im Elternhaus. Daher erwidert es sich auch, auf die Schlussbemerkungen jenes Berichtes betreffs der Einberufung eines „Säuglingskongresses“ an dieser Stelle näher einzugehen. Es muß aber ausgesprochen werden, daß Leute, die die Bildungs- und Erziehungsarbeit, wie sie in den kommunistischen Kindergruppen betrieben wird, herabwürdigend und verächtlich machen, zum Ausdruck bringen, daß sie an den alten reaktionären Bildungs- und Erziehungsmethoden nicht gerüttelt haben wollen. Für jeden einzelnen Besucher dieses Kinderkongresses mußte es daher doppelt befremdend wirken, wenn man seinen Kindern, wie diese kleinen Proletarierkinder in Südl. im Alter von 12 bis 14 Jahren frisch von der Leber weg sprachen und ihre kindlichen Gedanken zum Ausdruck bringen, nicht gegen die Person dieses oder jenes Brügelpädagogen, sondern gegen die vorwiegend noch bestehende Schulherrschaft, wie sie ernsthaft suchten und suchten nach geeigneten Mitteln, Vorschläge machten und verworfen, wie sie aus den Erfahrungen ihrer Ortsgruppe berichteten und andere aufforderten, dasselbe zu tun. Die Südl. Kindergruppenkonferenz wird von besonderer Wirkung sein nicht nur in Deutschland, sondern auch für die proletarische Kinder- und Erziehungsbewegung in allen Ländern.

Somit der sachliche Kern der Südl. Zuschrift. Diese Sätze schon hätten zur weiteren Aufhellung der in Südl. betriebenen kommunistischen Kinderpolitik beitragen, als auch das von uns (in Nr. 32) von dieser Kinderpolitik geäußerte Bild vervollständigen. Sachlich haben wir darauf mindestens das folgende zu erwidern: Den Ausdruck „Blödsinniges“ haben wir nicht gebraucht, wenn er aber, wie die Zuschrift bezeugt, in Südl. gebraucht wird, so glauben wir, nichts dagegen einzuwenden zu dürfen. Die Behauptung, daß „ausgerechnet die Kommunisten“ Aufführung und Bildung der Jugend betreiben, ist ein Stratum, der sich wohl nur durch Unwissenheit in der Arbeiterbewegung erklären läßt. Den guten Zweck der allgemeinen Volksbildung so schamlos herabzuwürdigen, ist uns nicht eingefallen, solches kann nur jemand vorgeben, der die Metallarbeiter-Zeitung nicht liest. Im übrigen glauben wir im Sinne der Südl. Briefschreiber zu handeln, wenn wir bitten, unsere Notiz in Nr. 32 noch einmal und ihre obige Aufschrift diesmal zu lesen, besonders aber: wie diese kleinen Proletarierkinder in Südl. frisch von der Leber weg sprachen und ihre kindlichen Gedanken zum Ausdruck brachten.

Die Südl. Metallarbeiter warnen

den DDB und den Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes. So wenigstens steht es wörtlich im Volkswillen, dem in Südl. erscheinenden kommunistischen Blatte, zu lesen. Die Warnung wird erscheinend in der Entschließung ausgedrückt, die in einer am 20. September tagenden Mitgliederversammlung des DDB angenommen wurde. Diese Entschließung besagt:

Die Versammlung begrüßt die vom Reichsausschuß am 17. September in Berlin getroffenen Maßnahmen zur Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses. Die Südl. Metallarbeiter geloben, bestrebt zu sein, mit allen Mitteln für Schaffung einer Kampfbasis auf dem Boden des Massenkampfes zu wirken. Solche der DDB — die Zentralisierungen — dazu neigen, Delegierte des Reichsbetriebsrätekongresses aus den gewerkschaftlichen Organisationen auszuschließen, so haben die Zentralisierungen und der DDB bei einwirkenden Katastrophen die Schlußfolgerung zu ziehen. Der Beweis ist dann dem Massen um so mehr erbracht, wie die Spaltung in den Gewerkschaften besteht, die Opposition über die Zentralisierungen. Daher mögen sich die Zentralisierungen gefast sein lassen, daß ein Ausmaßmaßstab gegenüber der Opposition und den Delegierten des Reichsbetriebsrätekongresses von ungeheurer Tragweite ist, da hinter der Opposition und den zu wählenden Delegierten sich überall die Delegierten geschlossen stehen und diese dann im gegebenen Moment die Entscheidung fällen werden.

Über die Versammlung, in der die Südl. Metallarbeiter gelobten, für die Schaffung einer Kampfbasis auf dem Boden des Massenkampfes zu wirken, geht uns ein Bericht zu, mania es heißt: „Seit längerer Zeit fand am 20. September wieder eine Mitgliederversammlung statt. Welche die vor etwa vier Wochen einberufene Versammlung wegen des schwachen Besuchs abgefragt werden, so lag es in dieser Zeit nicht besser. Kollege X. hob mit Recht hervor, daß man nicht so wenig Kollegen keine Versammlung zu machen braucht.“ Bei einer solchen Gleichgültigkeit läßt sich das Gelobnis von der Schaffung einer Kampfbasis schwerlich erfüllen, was kann eine von so wenig Kollegen erlassene Warnung an den DDB und den Verbandsvorstand irgendeinen Eindruck machen. Hier ist das Nicht-erschauen der Überwältigung der Mehrheit der Südl. Metallarbeiter auch eine Warnung, aber für wen?

Krankengeld bei Betriebsbeschränkung

Es muß bei Betriebsbeschränkung Krankengeld für die ganze regelmäßige Arbeitszeit oder nur für die angefallene Arbeitszeit gezahlt werden? In dieser wichtigen Frage ist eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ergangen, die wir hier folgen lassen. Sie bezieht sich auf folgenden besonderen Fall: Während der Dauer einer Annahmestellung des Krankengeldes eines Arbeiterinstitutes wurde der Betrieb, in dem der Erkrankte beschäftigt war, wegen Mangel an Arbeit eingestellt. Mehrere Wochen wurde nur an vier Tagen wöchentlich gearbeitet. Die Frage lautet: Dem Erkrankten während der Dauer der Betriebsbeschränkung und für vier Tage wöchentlich Krankengeld mit der Begründung, daß wenn der Betrieb gefast geblieben wäre, er auch nur vier Tage hätte arbeiten können. Diesem Grunde können auch nur vier Tage Krankengeld in Frage.

Das Reichsversicherungsamt hat sich in einer Entscheidung dieser Art nicht ausgesprochen (Mitt. Nr. 1. 1922 Nr. 2 S. 181). In den Entscheidungsgründen heißt es wie folgt: Krankengeld ist nach § 122 VVG bei Arbeitsbeschränkung des Versicherten für jeden Arbeitstag zu gewähren. Das Anspruchsgeld habe unmittelbar nach seiner Erkrankung regelmäßig wöchentlich an sechs Tagen gearbeitet. Dies Tage waren für ihn die Arbeitstage. Der Auffassung, daß die

nach der Erkrankung des Versicherten eingeführte Betriebsbeschränkung ohne weiteres eine entsprechende Verminderung der für die Zahlung des Krankengeldes maßgebenden Arbeitsstage auch in dem vorliegenden Falle zur Folge habe, könne nicht beigetreten werden. Der Versicherte habe in der Zeit der Betriebsbeschränkung nicht mehr gearbeitet, sondern war zu der Zeit bereits krank. Für die Beurteilung solcher schwebenden Unterhaltungsansprüche bleiben die Verhältnisse zur Zeit des Eintritts des Versicherungsfalles maßgebend, auch soweit die einzelnen Leistungen erst später fällig werden. Für die Zahlung des Krankengeldes sei es grundsätzlich ohne Belang, wie sich nach Eintritt des Versicherungsfalles die Arbeitsverhältnisse in dem Betriebe gestaltet haben und ob in diesem danach an weniger Tagen als vorher oder überhaupt nicht gearbeitet wird.

Im vorliegenden Falle sei das Krankengeld für sechs Tage wöchentlich weiterzuzahlen, auch für die Zeit der Betriebsbeschränkung nach Eintritt des Versicherungsfalles. Eine Folge dieses Standpunktes sei allerdings, daß Versicherte, die in Zeiten einer dauernden Betriebsbeschränkung erkrankten, Krankengeld gegebenenfalls nur in einem der Zahl der verringerten Arbeitstage ersprechenden Umfange erhalten können, auch wenn die Betriebsbeschränkungen nach Eintritt des Versicherungsfalles wieder aufgehoben worden sind.

Änderung der Wochenhilfe u. Wochenfürsorge

Infolge der riesigen Geldentwertung in den letzten Monaten waren die Unterhaltungsätze für Wochenhilfe und Wochenfürsorge, die erst am 22. August 1922 erhöht waren, nicht mehr ausreichend. Die Reichsregierung hat daher durch Verordnung vom 22. September die Unterhaltungen erheblich erhöht. Als Beitrag für Schwangere (Entbindungsgeld) wird statt 250 M jetzt 500 M gezahlt. Das Wochenlohn, welches für 10 Wochen gezahlt wird, ist erhöht von 6 auf 15 M täglich und das Stützgeld, welches 12 Wochen nach der Entbindung gezahlt wird, aber nur, wenn die Kindmutter stillt, von 8 auf 30 M täglich. Diese Beträge gelten für selbstversicherte Wöchnerinnen und für Ehefrauen, Köchler, Stief- und Pflegeköchler von Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft wohnen.

Für die Wochenfürsorge, d. i. für minderbemittelte Wöchnerinnen, die weder selbst versichert, noch deren Ehemann versichert ist, gelten folgende Beiträge:

Einmaliger Beitrag für die Entbindungskosten statt 250 M jetzt 500 M, Wochenlohn statt 450 M jetzt 15 M und Stützgeld statt 8 M jetzt 15 M. Als minderbemittelte gilt eine Wöchnerin, wenn sie und ihr Ehemann im Steuerjahr 1921 ein steuerpflichtiges Einkommen von nicht über 15 000 M hatten. Diese Summe erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 15 000 M, oder wenn sie und ihr Ehemann im letzten Jahre, vom Tage der Entbindung zurückgerechnet, nicht über 30 000 M Einkommen gehabt haben. Bei der letzten Berechnung erhöht sich der Beitrag um 5000 M für jedes unter 15 Jahren alte Kind.

Die Verordnung ist am 22. September 1922 in Kraft getreten. Für Entbindungen, die vor dem 22. September 1922 stattgefunden, die Wöchnerinnen aber noch Wochen- oder Stützgeld beziehen, sind für die Zeit nach dem 22. September 1922 die erhöhten Beiträge zu zahlen. S. Feldmann.

Mißstände in den autogenen Schweißereien

In Nr. 31 und 34 der M.-Z. nehmen einige Kollegen Stellung zu dieser Frage. Es kann nicht bestritten werden, daß dieser Beruf, weil er praktisch wohl zu den jüngsten mitzuzählern ist, sehr lebensgefährlich ist. In Zella-Mehlis ereignete sich kürzlich eine schwere Explosion, der neben mehreren Schwere- und Leichtverletzten auch ein Menschenleben zum Opfer fiel. Die Kollegen fragen über so manche Mißstände, die zu beseitigen die Aufgabe der Gewerkschaften sein muß. Es muß die Frage aufgeworfen werden: Ist es möglich, die Unternehmer zu besonderen Unfall- und Lebensversicherungen zu veranlassen? Ich glaube, durch die überhandnehmenden Unfälle ist diese Frage berechtigt. Sie wird von dem Unternehmer wohl ablehnend beantwortet werden, würde aber zur Folge haben, daß für Sicherungen besser wie bisher gesorgt werden würde. Meines Erachtens dürften auch Frauen nicht mit diesen Arbeitern beschäftigt werden. Dies läßt sich örtlich nicht beseitigen, da das Gesetz ein Verbot nicht vorsieht. Es wäre nur zu begrüßen, wenn die Kollegen zu ihrem Beruf selbst Stellung nehmen und durch die M.-Z. den Kollegen im Lande die Vorteile, welche sie vielleicht andern vorzuziehen haben, bekannt geben würden. Dies kann einmal durch unsere Verbandspresse, ein andermal durch die Berufsvereine geschehen. Der Vorstand muß einmal dieser Frage näherzutreten und dann über das ganze Reich durchgreifende Änderungen zugunsten unserer Kollegen herbeiführen. Es dürfte nicht gefast sein, daß autogene Schweißereien unter anderen Abteilungen eingerichtet sind. Die Gewerbeaufsichtsbehörden begegnen großen Widerständen. Hier muß Wandel geschaffen werden. F. S.

Gehälter und Löhne

Die am 4. September stattgefundene Reichsstariftverhandlung führte zu keiner Verständigung. Nach dem Angebot der Arbeitgeber sollten Gruben- und Hilfsarbeiter bis zu 24 Jahren 12 M und über 24 Jahre 16 M Löhne die Stunde und ab 25. September beide Gruppen weitere 5 M die Stunde erhalten. Diese Zugeständnisse wurden von der Reichsstariftkommission als ungenügend abgelehnt, in der meisten Städten aber auf Anraten der Arbeitgeberorganisation ausgezahlt. Nachdem im Laufe des Monats September unsere Kollegen in den einzelnen Städten ähnliche Bewegungen zum Teil erfolgreich durchgeführt hatten, fanden am 2. Oktober neue zentrale Verhandlungen statt, welche das nachstehende Ergebnis zeigten:

Die Löhne betragen ab der Lohnwoche, in die der 2. Oktober fällt:

	Bei Löhnen mit Einwohnern			
	bis 15000	bis 20000	bis 50000	über 50000
Gruben- und Hilfsarbeiter:				
im 1. Jahre nach dem Ausbruch	65,—	65,—	67,—	68,—
bis zu 22 Jahren	72,—	73,—	74,—	75,—
über 22 bis 24 Jahre	77,—	78,—	79,—	80,—
über 24 Jahre	82,—	83,—	84,—	85,—
Hilfsarbeiter:				
über 18 Jahre	57,—	58,—	59,—	60,—
„ 21	67,—	68,—	69,—	70,—
„ 24	77,—	78,—	79,—	80,—

In allen Fällen erfolgt in der Woche, in die der 16. Oktober fällt, eine weitere Lohnzulage von 10 M die Stunde.

Alle seit der letzten tariflichen Regelung, dem 3. August 1922 gewährten Lohn- und Zulagenzulagen sind in obigen Sätzen eingerechnet. Bisherige Leistungs- und Beschäftigungszulagen werden darüber hinaus weiter gezahlt. Die betriebsführenden Parteien verpflichten sich, am Montag den 10. Oktober in Leipzig Verhandlungen zu führen, um die Löhne den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend nachzutrafen und event. neu zu gestalten.

Die neuen tariflichen Lohnsätze sollen in der Lohnwoche in Kraft treten, in die der 6. November fällt.

Die betriebsführenden Parteien verpflichten ihre örtlichen Organisationen, in den betreffenden Städten entsprechend auf diese Verhandlungen die nach bestmöglicher Differenzierung solcher Rat zu beizugehen. Die Zentralstariftkommissionen beider Parteien verlangen, daß auch im Laufe der Woche, in die der 2. Oktober fällt, die Arbeit wieder aufgenommen wird. Nachregelungen dürfen nicht stattfinden. Beide Parteien verpflichten sich, die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung zu beantragen.

Eingegangene Schriften

Die täglich wechselnde Preisbildung macht eine Preisangabe bei Schriften unmöglich. Preise sind beim angegebenen Betrag oder in einer Buchhandlung zu erfahren.

Die Geschichte der U.S.P.D. Von Eugen Prager. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, Berlin S. 2, Breitestr. 8/9. — Zum ersten Male wird den deutschen Arbeitern eine zusammenfassende Darstellung der Kämpfe gegeben, die während des Krieges in der deutschen Arbeiterbewegung auftraten und zur Bildung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führten. Die Schilderung der Parteigeschichte der U.S.P.D. endet mit dem Spaltungsparteitag von Halle. In einem Ausblick wird schließlich dargelegt, daß die deutsche Arbeiterbewegung nur wieder gefunden könne, wenn sie sich die Grundsätze der unabhängigen Sozialdemokratie zu eigen macht.

Es ist zu hoffen, daß die vorliegende Schrift dazu beiträgt, die Erkenntnis davon zu stärken, und daß sie den Arbeitern nicht nur ein Wegweiser durch die Vergangenheit sein, sondern ihnen auch für ihre künftige Arbeit die Richtung angeben wird.

Die Rheinlande in der Franzosenzeit. Von Dr. Alexander Conrady, der zu der in den letzten Jahren wieder aufgerollten Rheinfrage in strenger Sachlichkeit Stellung nimmt. Verlag J. B. Metz Nachf., Berlin SW 68. Ladenpreis brosch. 200 M., geb. 300 M. — Aus dem reichen Inhalt des Werkes seien folgende Kapitel erwähnt: Der alte Rhein; Aufklärung und Verkommen, Junktgeist und Industrie; Die Revolutionszeit bis zur Rückeroberung von Mainz; Der Verlust des linken Rheinufer; Zisterzienser, Anagnonisten, Fremdherrscher; Französische Herrschaft auf beiden Ufern; Das Ende der Fremdherrschaft.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 15. Okt. ist der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober 1922 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:					Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	IV	V	
Artern	5,—	5,—	1,—	—	—	40. Woche
Bergun i. Bay.	5,—	3,—	—	1,—	0,50	40. „
Boschum	15,—	12,—	6,—	5,—	2,—	40. „
Geisa	5,—	5,—	—	2,—	1,—	40. „
Freudenstadt	7,—	6,—	4,—	3,—	1,—	40. „
Hall (Schw.)	15,—	12,—	11,—	5,—	2,—	40. „
Halle a. S.	10,—	7,—	6,—	4,—	2,—	40. „
Hammerstein	5,—	5,—	2,—	—	1,—	40. „
Heide i. S.	10,—	7,—	—	—	—	40. „
Hohenstein-E.	15,—	12,—	11,—	5,—	2,—	40. „
Hörbe	15,—	12,—	6,—	5,—	2,—	40. „
Krotzb.	10,—	7,—	6,—	4,—	—	40. „
Kronenberg	15,—	12,—	11,—	5,—	1,—	40. „
Leipzig	10,—	7,—	6,—	4,—	2,—	40. „
Luderswalde	10,—	7,—	6,—	4,—	2,—	40. „
Oppersheim	10,—	7,—	6,—	3,—	2,—	40. „
Rudolstadt	10,—	—	6,—	—	2,—	40. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Luderswalde: Der former Karl Spiegel, geb. am 23. Februar 1879 zu Halle a. S., Mitgliedsbuch Nr. 2,588,085, wegen Schädigung der Verbandsinteressen und Schwundeleien.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Merseburg: Der Metallarbeiter (Sabotant) Theodor Pawlikel, geb. am 4. November 1898 zu Sternitz, Mitgliedsbuch Nr. 4,163,262, wegen Unterschlagung von Beitragsgebern.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Metallschleifer Max Schwanen, geb. am 19. August 1871 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 225,790, wegen Streikbruch.

Geflohen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 1,796,988, lautend auf den Schleifer Karl Becker, geb. am 2. Juni 1876 zu Umrathstadt. (Bismar.) Mit kollegialen Gruß Der Vorstand

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Formern und Sicherungsarbeitern nach Metternich bei Koblenz (Eisenwert Metternich) A.; von Klempnern und Installateuren nach Luderswalde S.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig S.; nach Rumänien A.; nach Werbau (Metallbauwerkstätten, G. m. b. H.) D.

von Senfenerarbeitern nach Lärmitz bei Auffig, Tschostowalei (Hammerwerke) v. St.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St = Streik; R = Nachregelung; Mi = Mißstände; A = Auslieferung. Arbeitstunde Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Entbindung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzurufen zu lassen.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Anzeigen

(Bekanntlich kann die Arbeiter-Zeitung niemals an die Schriftleitung, sondern an das leitende Geschäft, Anzeigenaufträge oder Briefe nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Feilen- und Schleifer, auf alte und neue Feilen absolut eingearbeitet, gegen hohen Lohn und Arbeit sofort gesucht. C. Busch, Feilenfabrik, Gesehensdorf, Postfach 15.

Ein Feilen- und Schleifer bei regelmäßigen Lohn sofort gesucht. Feilenfabrik Rudolf Homan, Chemnitz.

Formier für Modell- und Schablotten-Arbeit unter günstigen Bedingungen gesucht. Reichensdorf und Eisenwerkerei Rosnaß (Oberlausitz).

Stahlgraveur für Abzählenschriften, beste Kraft, äußerst tüchtig im Fertigenfahren, mit praktischen Erfahrungen in der geschätzten Branche sofort gesucht. Otto Riedel, Widau S. 6.

Für unsere Werk- und Vorarbeiter, der instand ist, selbstständig zu arbeiten, fähig nach Zeichnung zu arbeiten. Die Stellung ist eine dauernde und eine dementsprechend bezahlte. Offenden Wahlen, A.-G., Wahlen in Waben.

Druck und Verlag von Alexander Schlicht & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.